

Die Ehemalige Jugoslawische Republik Makedonien

Perspektiven des EU-Beitritts

Essay zur Makedonien-Exkursion (2013) des Lehrstuhls für Geschichte Südost- und Osteuropas der Universität Regensburg¹

von Frank Stein und Michael Feucht

1. Einleitung

Die Ehemalige Jugoslawische Republik Makedonien ist seit einigen Jahren Beitrittskandidat der Europäischen Union. Der Beitrittswunsch Makedoniens und die damit verbundenen Probleme waren einer der Schwerpunkte auf der Exkursion nach Makedonien, die vom 27. Mai 2013 bis zum 3. Juni 2013 von der Ludwigs-Maximilians Universität München und der Universität Regensburg gemeinsam veranstaltet wurde. Dabei besuchten wir u.a. beide Regierungsparteien, die VMRO-DPMNE² und die DUI³.

Der EU-Beitritt ist DAS außenpolitische Ziel Makedoniens. Welche Probleme es dabei gibt, wie die aktuelle politische und wirtschaftliche Lage sich gestaltet und welche Verbesserungen in Sicht sind, soll im Folgenden beleuchtet werden. Dabei stellt sich die Frage nach der Perspektive Makedoniens, der EU beizutreten.

2. Probleme des EU-Beitritts der Ehemaligen Jugoslawischen Republik Makedonien

2.1 Kriterien und Hindernisse

Um der EU beitreten zu können, muss ein Staat bestimmte Anforderungen erfüllen. Diese wurden 1993 beim Europäischen Rat in Kopenhagen festgelegt.

„Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft muss der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben; sie erfordert ferner eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten. Die Mitgliedschaft setzt außerdem voraus, dass die einzelnen Beitrittskandidaten die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen übernehmen und sich auch die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen machen können.“⁴

¹ 19.-27. Mai 2013: <http://www.uni-regensburg.de/philosophie-kunst-geschichte-gesellschaft/geschichte-suedost-osteuropa/exkursionen/makedonien-2013/index.html>.

² Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation - Demokratische Partei für Mazedonische Nationale Einheit.

³ Demokratische Union für Integration.

⁴ Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Kopenhagen 1993:

http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf S. 13 (zuletzt abgerufen am 19.07.13).

Verkürzt könnte man sagen, dass zwei Punkte wichtig sind: Erstens politische Stabilität in Form einer stabilen Demokratie und zweitens wirtschaftliche Stabilität in Form einer marktwirtschaftlichen Ordnung.

Das zentrale Problem für Makedonien ist weiterhin die Voraussetzung der EU, dass ein EU-Mitglied gute Beziehungen zu seinen Nachbarn unterhält. Daran scheitert bislang eine weitere Integration Makedoniens in die EU. Näheres dazu wird im nächsten Kapitel erläutert.

Am 22.03.2004 hat Makedonien den Antrag auf EU-Mitgliedschaft gestellt. Am 01.10.2009 gab die Kommission die Empfehlung, die Beitrittsverhandlungen mit Makedonien zu eröffnen. Im Europäischen Rat müssen alle Entscheidungen einstimmig gefällt werden. Dies ist eine besonders hohe Hürde, wenn es um die Erweiterung der EU geht. Bei inzwischen 28 Mitgliedsstaaten der EU haben nicht alle ein Interesse, die EU überhaupt noch zu erweitern. „Die Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen, dabei jedoch die Stoßkraft der europäischen Integration zu erhalten, stellt ebenfalls einen sowohl für die Union als auch für die Beitrittskandidaten wichtigen Gesichtspunkt dar.“⁵

Dieser Punkt ist nicht konkret und nach keinen Kriterien messbar. Eher kann man es als diplomatische Verkläusulierung nutzen, wenn man einen Staat nicht in der EU haben will. Gerade bei den südosteuropäischen Ländern gibt es viele EU-Staaten, die dem Beitritt eines weiteren Landes eher reserviert gegenüberstehen. Und da ein einziges Land mit seinem Veto den kompletten Beitrittsprozess stoppen kann, ist dies ein großes Problem im Falle Makedoniens.

Es kommt hinzu, dass ein Gipfel des Europäischen Rates nur vier Mal im Jahr stattfindet, und meistens stehen größere Probleme an als die Verhandlungen mit einem Beitrittskandidaten mit ca. zwei Millionen Einwohnern.

Die Kommission gibt immer wieder Empfehlungen an den Rat, über die dann abgestimmt werden muss. Gegenwärtig bräuchte Makedonien eine positive Abstimmung im Rat über den Beginn der Beitrittsverhandlungen, um mit diesen beginnen zu können. Doch da Entscheidungen einstimmig gefällt werden müssen und Griechenland von seinem Veto Gebrauch macht, ist die institutionelle Hürde die größte.

⁵ Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Kopenhagen 1993:
http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf S. 13 (zuletzt abgerufen am 19.07.13).



2.2 Die politische Lage Makedoniens und seiner Nachbarschaftsbeziehungen

Makedonien strebt seit 1991 mit der Erlangung seiner Unabhängigkeit nach einer Mitgliedschaft in der Europäischen Union. Nachdem es nach dem Bosnienkrieg Mitte der 90er Jahre eher schlecht um die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der EU stand, verbesserte sich die Lage in Makedonien jedoch soweit, dass am 15. Dezember

2005 der Status eines Beitrittskandidaten von der EU verliehen wurde. Zeitgleich stellte die EU auch einen Katalog mit zahlreichen Anforderungen auf, den das Land zu erfüllen hatte, um in die Union aufgenommen zu werden. Dabei spielen bis heute zahlreiche innenpolitische Probleme sowie die nachbarschaftlichen Beziehungen, vor allem der Namenskonflikt mit Griechenland, eine überaus wichtige Rolle. Diese Probleme bedürfen einer genaueren Untersuchung, da sie Makedonien bis heute prägen.

Nach der Erlangung des Kandidatenstatus waren die Bestrebungen Makedoniens darauf gerichtet, sich sowohl innen- als auch außenpolitisch der EU anzunähern. Konkret bedeutete dies die Verbesserung des Justizwesens und die damit verbundene Entwicklung eines besseren Ausbildungsprogramms für Richter, die Einrichtung eines Gerichts für Ordnungswidrigkeiten und die Identifizierung und Entfernung korrupter Richter aus dem System. Auch das Polizeiwesen hatte eine Generalüberholung nötig. Die Arbeit der Polizisten sollte besser mit den verschiedenen Regierungseinrichtungen abgestimmt werden, darüber hinaus sollte ein Programm entwickelt werden, das besonders begabte Rekruten fördert. Bis zur Erfüllung dieser Forderungen war die EU stets in Makedonien präsent, um die Sicherheit im Lande zu unterstützen.

Die EU wirkte mit der Verleihung des Kandidatenstatus weiter auf das Land ein, indem sie in den Innenministerien sowie im Polizei- und Rechtswesen Berater einsetzte. Diese sollten die Arbeit der verschiedenen Ministerien besser koordinieren und die Reformbildung vorantreiben. Der Staat musste gestärkt werden, und zwar nicht nur durch den Einsatz von Beratern seitens der EU, sondern auch das Parlament sollte seine Abgeordneten überprüfen, da viele von ihnen keine bis wenig Erfahrung mit parlamentarischen Prozessen hatten, ebenso wie die Abgeordneten in den Kommunalverwaltungen. Alles sollte effizienter und strukturierter werden.

Zudem gab es noch zwei große Ziele für Makedonien. Zum einen musste der ständig währende Konflikt zwischen ethnischen Albanern und Makedoniern beigelegt und zum anderen Mängel in der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit und der Marktwirtschaft beseitigt werden. Daran war vor allem die Bekämpfung der Korruption geknüpft. Außenpolitisch galt es, den Streit mit Griechenland zu lösen, der bereits seit der Unabhängigkeit Makedoniens besteht.

In diesem Konflikt spielt die Bezeichnung „Republik Makedonien“ eine wichtige Rolle. So bezeichnet die Bevölkerung des Landes ihren Staat, international ist sie allerdings meist als „Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien“ (kurz EJRM)⁶ anerkannt. Der Name Makedonien trat erstmals um 1900 auf, als Bezeichnung einer geographischen Landschaft im osmanischen Reich. Nach dem Niedergang des Reichs wurde Makedonien nach dem Ersten Weltkrieg unter Serbien, Griechenland und Bulgarien aufgeteilt. Griechenland spricht daher vom „historischen Makedonien“. Nachdem ein Teil des Landes dann mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges unter Tito in Jugoslawien eingegliedert wurde, begannen die Menschen in Makedonien eine neue Identität zu bilden. Dies führte 1991 schließlich auch zur Unabhängigkeit des Landes. Die „Republik Makedonien“ wird von den Griechen nicht akzeptiert, da der Name für sie griechischen Ursprungs ist, zudem fürchten sie, dass die Makedonier Gebietsansprüche auf eine gleichnamige Region stellen könnten, die im Norden Griechenlands liegt. Der Konflikt spitzte sich über die Jahre immer weiter zu, es wurden Vorschläge für eine Umbenennung Makedoniens gebracht, zum Beispiel „Republic of Upper Macedonia“, um so dem Land eine geographische Verortung zu geben. Auch die in Griechenland lebende makedonische Minderheit wird seitens der griechischen Regierung nicht akzeptiert. Sie behauptet, dass Makedonien keine Nation mit eigenem Volk und eigener Sprache darstellt, vielmehr sei es eine „Erfindung“ Titos. Die Makedonier können mit dieser Haltung nicht übereinkommen, denn sie sehen sich als eigenes Volk mit eigener Geschichte und betrachten den Namen „Republik Makedonien“ daher als gerechtfertigt. Dementsprechend besteht in der Bevölkerung und der Regierung wenig Kompromissbereitschaft. Bei der Lösung des Konflikts tritt man seit 1991 auf der Stelle, die Beziehung zu Griechenland wird durch Handlungen vor allem seitens des makedonischen Staates zunehmend angespannter. Die Bezeichnung des Flughafens in Skopje nach dem König des antiken Makedoniens, nämlich Alexander dem Großen, der in Griechenland ebenfalls als Held gilt, ist ein Beispiel für solche Provokationen. Der Streit führte schließlich so weit, dass Griechenland sein Veto gegen die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen Makedoniens mit der



EU einlegte. Die Eröffnung dieser Verhandlungen wurde von der Europäischen Kommission in ihrem jährlichen Fortschrittsbericht von 2009 vorgeschlagen, nachdem man die politischen Kriterien in Makedonien als „ausreichend erfüllt“ ansah.

Ein Grund für den Vorschlag war auch die kurz vor der Veröffentlichung des Berichts erlassene Visaliberalisierung in Makedonien. Diese erlaubt den Bürgern, in die Schengen-Staaten zu reisen, ohne ein Visum beantragen zu müssen. Der Aufenthalt im Ausland darf jedoch nicht länger als 90 Tage dauern, und man darf keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. Dieser Schritt war dennoch wichtig für die Empfehlung seitens der Europäischen Kommission. Nichtsdestotrotz wurde

⁶ Im Englischen: Former Yugoslav Republic of Macedonia (FYROM).

dieser Vorschlag zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen in den folgenden Jahren nur erneuert, aber niemals durchgeführt, was vor allem an dem Veto Griechenlands lag. Aber auch die Bekämpfung der Korruption oder der hohen Arbeitslosigkeit in Makedonien schritt nur äußerst langsam bis gar nicht voran. Zudem beeinträchtigte die Regierung Makedoniens unter Führung der national-konservativen Partei VMRO-DPMNE mit dem Projekt „Skopje 2014“ das Verhältnis zu Griechenland weiter und brachte zudem noch die Bulgaren gegen sich auf.

Das Projekt, 2010 ins Leben gerufen, soll der Um- bzw. Neugestaltung der Hauptstadt dienen. Es umfasst den Bau zahlreicher Gebäude und Denkmäler sowie den monumentalen Triumphbogen „Makedonija“. Durch Bauten, wie einer übergroßen Reiterstatue von Alexander dem Großen oder der Errichtung einer Statue des bulgarischen Zaren Samuil, wird den Makedoniern vorgeworfen, sich die nationale Geschichte der Bulgaren und der Griechen zu eigen zu machen, um eine historische Nation zu konstruieren, die es so nie gegeben hat. Eine Statue von Kyrill und Method, den Begründern der slawischen Sprache und des Kyrillischen, unterstützt ebenfalls diese These, da die Makedonier dadurch die Urheberschaft der kyrillischen Schrift für sich beanspruchen. Diese wird schon seit langem in Bulgarien und Serbien verwendet.

Die VMRO-DPMNE versucht durch dieses Projekt, die Bildung einer nationalen Identität voran zu treiben und entfernt sich dabei, ob nun beabsichtigt oder nicht, immer weiter von der Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union. Man investiert Unsummen für Bauprojekte, anstatt diese in die marode Wirtschaft des Landes zu stecken und Lösungen für die zahlreichen Probleme im Land zu finden. Die Wirtschaft spielt hierbei eine wichtige Rolle und muss daher gesondert betrachtet werden.

2.3 Wirtschaftliche Lage in Makedonien

Mit dem Eintritt in die Europäische Union tritt man einem gemeinsamen europäischen Binnenmarkt bei. Um hier mit anderen europäischen Ländern mithalten zu können, braucht man eine stabile Wirtschaft. Die Wirtschaftsleistung Makedoniens ist jedoch sehr schwach. Die Arbeitslosenquote von ca. 30% ist eine der höchsten in Europa.

Das Wirtschaftswachstum ist nicht so hoch, wie es laut internationalen Experten sein müsste. Um in der EU konkurrenzfähig zu werden, müsste die Wirtschaft jährlich um mindestens 6% wachsen.

Das höchste Wachstum wurde im Jahr 2007 mit 5,9% verzeichnet. Zwischen 2009 und 2011 betrug das Wachstum zwischen -0,7% (Rezession) und 2,9%. 2012 gab es wieder eine leichte Rezession von -0,3%. Hier zeigt sich, dass Makedonien weit von der benötigten Entwicklung entfernt ist.

Sicherlich leidet das Land massiv unter den Kollateralschäden der globalen Finanzkrise. Dennoch zeigen diese Werte, dass Makedonien wirtschaftlich derzeit nicht EU-tauglich ist. Ein großes Problem ist dabei auch die Korruption. Makedonien liegt auf dem „Corruption Perception Index“ von Transparency International auf dem 69. Platz. Mit Italien, Bulgarien

und Griechenland schneiden drei EU-Mitglieder noch schlechter ab. Die restlichen 25 jedoch alle besser. Der Index gibt die „gefühlte“ Korruption an, da sie per Definition nicht messbar ist, weil sie im Verborgenen stattfindet.

Der EU-Fortschrittsbericht 2012 für Makedonien bescheinigt dem Land zwar theoretisch, dass der freie Markt funktioniert, räumt aber ein, dass es aufgrund eines schwachen Staates, der Korruption und undurchsichtiger Verträge auf Reformen zur Verbesserung der Wirtschaft kaum Einfluss hat. In vielen Bereichen der Wirtschaft sagt der Fortschrittsbericht zwar aus, dass sich Bedingungen verbessert haben und die Voraussetzungen besser wurden, jedoch sind die Wirtschaftsdaten sehr schlecht, und viele der Reformen haben faktisch keine große Wirkung.

3. Aktueller Stand

Die Erlangung des Beitrittskandidatenstatus war für Makedonien bereits ein erheblicher Schritt in Richtung EU. Allerdings hat sich seitdem nicht mehr viel getan. Das Land ist noch immer von zahlreichen innenpolitischen Problemen geprägt, die gelöst werden müssen. Um die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen jedoch überhaupt beginnen zu können, müssen die nachbarschaftlichen Konflikte dringend geklärt werden.

Die Europäische Kommission hat am 16.04.2013 ihren letzten Fortschrittsbericht zur Lage in Makedonien veröffentlicht. In diesem Bericht werden zahlreiche Bedenken geäußert, die der Eröffnung von Beitrittsverhandlungen im Wege stehen.

Die Kommission sieht unter anderem Probleme mit den Arbeitsrechten von Journalisten und den Zugang der Öffentlichkeit zu einer objektiven Berichterstattung. Diese Objektivität fehlt auch oft bei wichtigen Entscheidungen im Staat, da dieser noch stark von der Korruption gezeichnet ist. Reformen zur Bekämpfung dieses Problems müssen in naher Zukunft zwingend erlassen werden, ebenso muss die Zusammenarbeit zwischen den Behörden verbessert werden. Denn die Korruption ist ein Teil Makedoniens, der wesentlich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung verstößt und somit keinen Bestand in der Europäischen Union haben kann. Die Dezentralisierung des Staates ist eine wesentliche Voraussetzung, auch zur Beseitigung der Korruption. Das Vorhaben schreitet zwar voran, aber es bestehen Schwierigkeiten, ausreichend Mittel für regionale Wirtschaftsentwicklungen zur Verfügung zu stellen. Die Gemeinden sollen sich selbst finanzieren können, sodass sie sämtliche vom Staat übertragenen Kompetenzen auch ausführen können.

Ein weiteres Problem stellt die immer noch sehr hohe Arbeitslosigkeit von etwa 30 % dar. Diese wird in jedem Fortschrittsbericht thematisiert, eine Verbesserung der Lage ist allerdings noch nicht eingetreten.

Als positiv kann jedoch verzeichnet werden, dass sich die Justiz auf einem guten Weg befindet. 2012 konnten die Gerichte die an sie übertragenen Fälle zufriedenstellend abschließen. Einzig die geringe Zahl der Bewerber der Akademie für Richter und

Staatsanwälte stellt noch ein Problem dar, dem jedoch mit einer umfangreichen Werbekampagne entgegengewirkt werden soll.

Trotz dieses positiven Aspekts lässt sich leicht erkennen, dass Makedonien noch zahlreiche Anstrengungen unternehmen muss, um die Tür zur Europäischen Union zu öffnen, wobei das Veto Griechenlands immer noch diese innenpolitischen Probleme überlagert. In Bezug auf den Namensstreit heißt es im Fortschrittsbericht nur, dass die Verhandlungen neuen Elan erhalten hätten. Die wirtschaftlichen Beziehungen zu Griechenland sind gut, ebenso finden regelmäßige Treffen auf allen Ebenen zu verschiedenen Themen der bilateralen Beziehungen statt.

Dieser Punkt wird nun auch mit Bulgarien praktiziert. In diesem Konflikt scheint eine Lösung des Streits eher realistisch. Die Regierungen beider Länder haben Arbeitsgruppen gebildet, um gemeinsame Probleme aus dem Weg zu schaffen. Die Gruppen wurden gleich zu Beginn mit der Ausarbeitung eines neuen Abkommens zur gutnachbarschaftlichen Zusammenarbeit und allgemein für die Entwicklung eines effektiven Konzepts zur zukünftigen bilateralen Zusammenarbeit beauftragt. Neben diesen Gruppen wurde ein Hochrangiger Rat eingerichtet sowie ein Sachverständigendialog zur Klärung historischer Fragen eröffnet. Regelmäßige Regierungstreffen finden bereits statt, wodurch positive Botschaften an die Völker der beiden Nationen vermittelt und die Zusammenarbeit der Länder intensiviert werden sollen. Dies wurde vor allem im Sicherheits- und Verteidigungsbereich bereits erreicht. Die beiden Staaten halten gemeinsame Militärübungen ab und tauschen regelmäßig Personal aus, um einen Erfahrungsaustausch in bestimmten Bereichen wie Planung und Logistik herbeizuführen. Zusammenfassend lässt sich folglich festhalten, dass sich die Lösung des Konflikts mit Bulgarien auf einem guten Weg befindet, was man im Falle des Namensstreits mit Griechenland nicht behaupten kann.

Hier hält sich aber auch die Europäische Union zurück. Sie ist zwar in vielerlei Hinsicht sehr aktiv in Makedonien, unter anderem bei Verhandlungen zur Minderheitenproblematik, sie scheint sich jedoch nicht weiter in den Namensstreit einmischen zu wollen, da sie zwar die beiden Länder ermutigt, ihren Konflikt beizulegen, dabei aber keine entscheidenden Akzente setzt.

4. Fazit

Zusammenfassend betrachtet lässt sich sagen, dass es derzeit nicht nach einem baldigen EU-Beitritt Makedoniens aussieht. Wirtschaftlich wurde das Land durch die weltweite Finanzkrise in Mitleidenschaft gezogen, was sich ganz besonders auf die wichtigsten Handelspartner innerhalb der EU ausgewirkt hat. Makedonien leidet daher vor allem unter den Kollateralschäden.

Doch auch innenpolitisch muss sich Makedonien noch weiterentwickeln, um der EU beitreten zu können. Die Wirtschaft kann sich nur verbessern, wenn es dem Staat gelingt, wirksam gegen die Korruption vorzugehen und wenn Reformen ihre Durchschlagskraft entfalten können.

Im Hinblick auf die Demokratie in Makedonien muss man feststellen, dass es im Bereich Pressefreiheit große Defizite gibt. Dadurch fallen die Medien als Kontrollorgan des Staates weg, was zwangsläufig zu Schwierigkeiten in Sachen Demokratie führt. Hauptproblem ist und bleibt aber der Namensstreit mit Griechenland. So lange Griechenland Makedoniens EU-Beitrittsverhandlungen mit einem Veto blockiert, kann der Integrationsprozess nicht fortgesetzt werden.

Allerdings macht sich Makedonien derzeit nicht um eine Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen verdient. Das erwähnte Projekt „Skopje 2014“ führt den

Begriff „gutnachbarschaftliche Beziehungen“ schlichtweg ad absurdum. Unter den Voraussetzungen der schlechten Wirtschaft, des Demokratiedefizits und nun auch noch eines antikisierenden Nationalismus, der die Beziehungen zu Griechenland und Bulgarien nachhaltig belastet, ist Makedonien derzeit kein ernstzunehmender Beitrittskandidat der Europäischen Union.



Literatur

Axt, Heinz-Jürgen/Schwarz, Oliver/Wiegand, Simon: Konfliktbeilegung durch Europäisierung? Zypernfrage, Ägäis-Konflikt und griechisch-mazedonischer Namensstreit. Baden-Baden 2008.

Auswärtiges Amt, Informationen zum Reiseziel Makedonien: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Mazedonien/Wirtschaft_node.html.

Europäische Kommission: Bericht der Kommission an das europäische Parlament und den Rat. Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien: Durchführung von Reformen im Rahmen des Dialogs auf hoher Ebene und Förderung gutnachbarlicher Beziehungen, vom 16.4.2013. http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2013/mk_spring_report_2013_de.pdf.

Fortschrittsbericht der EU zu Makedonien 2012: http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2012/package/mk_rapport_2012_en.pdf

Rafajlovski, Goran: Politische und wirtschaftliche Perspektiven Makedoniens in der EU und in der NATO. In: Schubert, Gabriella (Hg.): Makedonien: Prägungen und Perspektiven - Macedonia: characters and prospects, Wiesbaden 2005, 175-179.

Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Kopenhagen 1993: http://www.consilium.europa.eu/ueDocs/cms_Data/docs/pressData/de/ec/72924.pdf.

Schlussfolgerungen zur ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien. http://ec.europa.eu/enlargement/pdf/key_documents/2009/conclusions_on_fyrom_de.pdf.

Wirtschaftsdaten Kompakt: (Mai 2013, herausgegeben von der DAHK) http://ahk.de/fileadmin/ahk_ahk/GTAl/mazedonien.pdf.